

## **Begründung**

zur

### **100. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen-Mitte**



#### **TEIL I: Allgemeiner Teil**

**Universitätsstadt Siegen**

**Geschäftsbereich 4**

AG 4/5-2 Stadtplanung

in Zusammenarbeit mit:

# HKS

Gerhard Kunze  
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

**Stand: 26.04.2021**

UNIVERSITÄTSSTADT  
**SIEGEN**



**INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	<b>1</b>
1.1	Lage und Abgrenzung des Plangebiets	2
1.2	Gebietsbeschreibung	2
<b>2</b>	<b>Planungsrecht</b>	<b>5</b>
2.1	Raumordnung und Landesplanung	5
2.2	Regionalplan	6
2.3	Flächennutzungsplan	7
2.4	Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien	8
<b>3</b>	<b>Vorgesehene Nutzungsänderung und Flächenbilanz</b>	<b>9</b>
3.1	Aktuelle Nutzung	9
3.2	Angestrebte Nutzung und Neudarstellung des FNP	9
3.3	Erschließung und Versorgung	10
3.4	Flächenbilanz	11
3.5	Auswirkungen der Planänderung	11
<b>4</b>	<b>Umweltbelange</b>	<b>12</b>
4.1	Umweltbericht	12
<b>5</b>	<b>Immissionen</b>	<b>14</b>
<b>6</b>	<b>Rechtsgrundlagen</b>	<b>16</b>

**ABBILDUNGSVERZEICHNIS**

<b>Abbildung 1:</b> Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung, © Geobasisdaten: tim-online, DGK .....	2
<b>Abbildung 2:</b> LEP NRW, Ausschnitt Siegen (Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008, Erläuterungskarte 1, Auszug).....	6
<b>Abbildung 3:</b> Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt (Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008).....	6
<b>Abbildung 4:</b> Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt St. Marien-Krankenhaus.....	8
<b>Abbildung 5:</b> Rechtswirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Siegen .....	9
<b>Abbildung 6:</b> Geplante 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen.....	10

## 1 Einführung

Das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan dargestellt.

Da die geplanten Nutzungen (Sondergebiet, Zweckbestimmung Klinik) nicht den Darstellungen des aktuellen FNP entsprechen, ist diese Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Hierdurch soll dem Entwicklungsgebot gem. § 34 Landesplanungsgesetz über die Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes entsprochen werden.

Das St. Marien-Krankenhaus befindet sich nördlich der Oberstadt. Es ist eingebunden in die örtliche Baustruktur zwischen Friedrichstraße, Nordstraße und Kampenstraße. Wegen der umgebenden Bebauung sind Entwicklungen des Krankenhauses nur in Richtung der Bestandsbebauung möglich. Freiflächen, die für eine Bebauung zur Verfügung stünden, sind nicht vorhanden.

Im St. Marien-Krankenhaus Siegen werden jährlich ca. 20.000 Patienten stationär behandelt. Darüber hinaus werden bis zu 60.000 Menschen in den 10 Kliniken und Instituten ambulant versorgt.

Eine solch hohe Versorgungsquote erfordert neben einer qualitätsorientierten Pflegeversorgung ein hohes Maß an optimierter baulicher Substanz. Eine Anpassung an die Bedürfnisse der Patienten und den Anforderungen der medizinischen Standards sind Ausdruck der ständigen baulichen Veränderung des Klinikbetriebes.

Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern, die an der Kampenstraße liegen. Der Haupteingang und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgen von hier.

Rückwärtig an der Nordstraße ist eine Stellplatzanlage vorhanden. In Gebäuden entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße sind weitere Einrichtungen und Verwaltung des St. Marien-Krankenhauses untergebracht.

Die Klinikbetreiber haben sukzessiv weitere Grundstücke innerhalb des Areals erworben, um Entwicklungsflächen für den Klinikbetrieb und die Verwaltung zu erhalten. Um diese Entwicklung steuern zu können, wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche und Herausforderungen durchgeführt.

Um die v.g. Planungsziele nun rechtssicher umsetzen zu können, ist eine Flächennutzungsplanänderung mit einem im Parallelverfahren durchzuführenden Bebauungsplanverfahren notwendig.

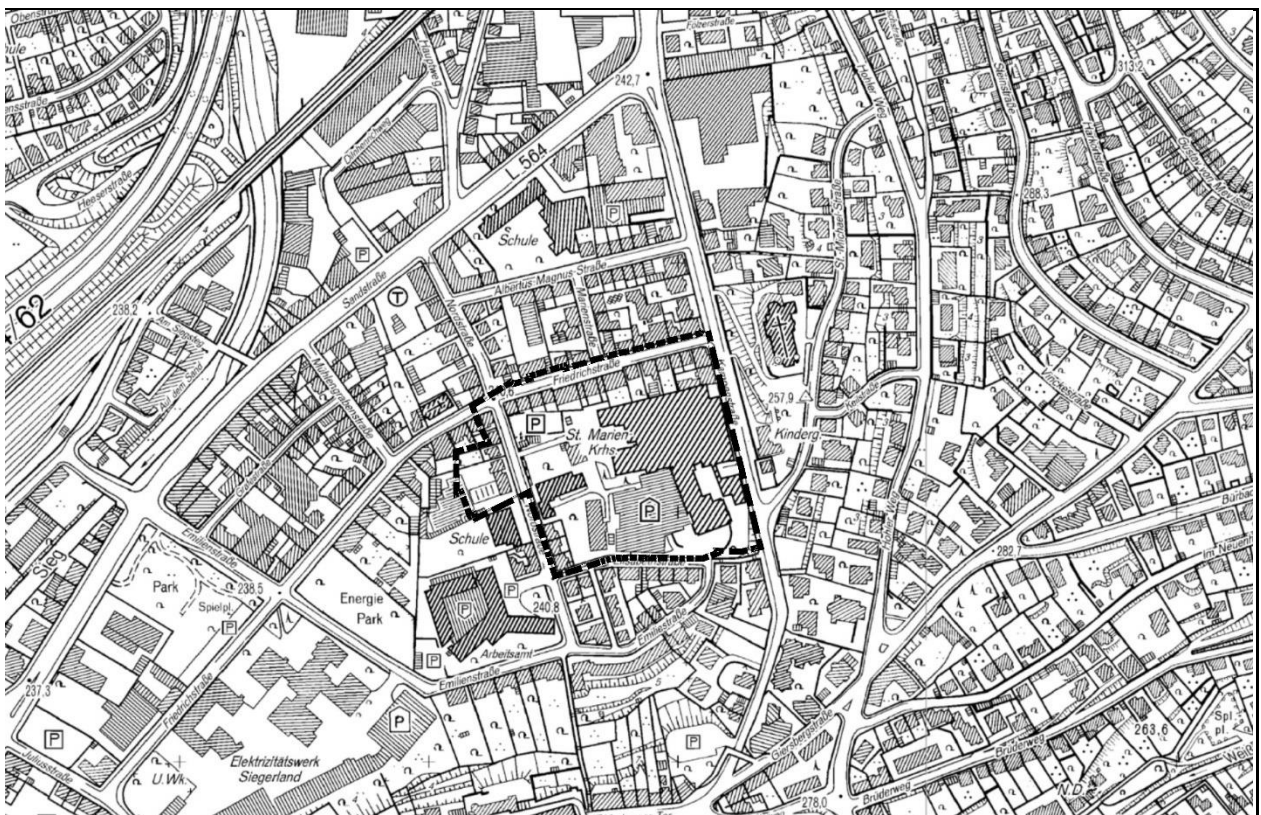
## 1.1 Lage und Abgrenzung des Plangebiets

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Siegberg gelegenen historischen Oberstadt.

Das Plangebiet wird durch die vier Straßenzüge Friedrichstraße, Kampenstraße, Elisabethstraße und Nordstraße räumlich als Quartier abgegrenzt.

Westlich der Nordstraße werden Grundstücke im Kreuzungsbereich Friedrichstraße / Nordstraße in den Geltungsbereich aufgenommen.

Das Plangebiet ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.



**Abbildung 1: Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung,**  
(Quelle: Geobasisdaten: tim-online, DGK)

## 1.2 Gebietsbeschreibung

Das Quartier zwischen Sandstraße, Emilienstraße und Kampenstraße ist geprägt von unterschiedlichsten Nutzungen und Gebäudetypen. Es hat eine fast rasterförmige Grundgliederung der Quartiersviertel, die im Wesentlichen durch den Verlauf der Stadtstraßen geprägt ist.

Neben Wohngebäuden und Verwaltungsgebäuden sind auch mischgenutzte Gebäude stark vertreten. Die Nutzungspalette reicht von Apotheke bis Tankstelle und von privater Nutzung bis hin zu öffentlichen Verwaltungen. Die Nutzungsvielfalt des Quartiers spiegelt sich auch in der baulichen Ausprägung wieder.

Neben einer dichten straßenorientierten geschlossenen Wohnbebauung in viergeschossiger Bauweise, sind auch Punkthäuser in siebengeschossiger Bauweise vorhanden.

Die Agentur für Arbeit wie auch das St. Marien-Krankenhaus stellen wiederum eine in sich geschlossen singulare wie auch heterogene großvolumige Bauweise dar, die fünf- bis neungeschossig ist.

Neben Gebäuden der Gründerzeit sind aus allen nachfolgenden Bauepochen verschiedene Bautypen vertreten.

Im Quartier sind je Quartiersviertel nur eine geringe Anzahl von Freiflächen vorhanden. Für den Erholungsfaktor sind lediglich die Grünanlagen Bertramsplatz an der Sandstraße und der Energiepark (Eigentum der RWE) zu benennen. Beide Flächen liegen am Rande des Quartiers.

Auf den Grundstücken sind wenige Gärten und sonstige Freiflächen vorhanden. Wegen des zunehmenden Parkplatzbedarfes, sind verbliebende Freiflächen mehr und mehr zu Stellplätzen umgewandelt worden.

Im Quartiersviertel des Krankenhauses ist eine Freifläche zwischen Nordstraße und dem ehemaligen Schwesternwohnheim an der Elisabethstraße mit großkronigen Laubbäumen bewachsen.

Ebenfalls an der Nordstraße befindet sich eine Stellplatzanlage des Krankenhauses, welche mit jungen Laubbäumen bepflanzt wurde. Eine raumprägende Größe haben diese Bäume noch nicht erreicht.

Um den Freiflächenanspruch auch für die Krankenhausbesucher zu verbessern, wurde das Dach der Tiefgarage teilweise als Grünanlage ausgebildet. Hier befindet sich allerdings auch der Landeplatz des Rettungshubschraubers.

Die Erschließung des Krankenhauses erfolgt zentral von der Kampenstraße. Hier befindet sich sowohl die Zufahrt zur Tiefgarage als auch der Zugang zum Hauptgebäude. Zusätzlich gibt es einen Zugang von der Nordstraße über die Stellplatzanlage. Von hier erfolgt auch ein Teil der Logistik des Krankenhauses.

Auf der Westseite der Nordstraße befindet sich die ehemalige Gärtnerei Fischer (sog. Fischerquartier). Außerdem liegen hier die Nordschule sowie die Agentur für Arbeit. Daneben sind hier noch weitere Wohnhäuser vorhanden.

Die Bebauung im Quartiersviertel reicht von einer zweigeschossigen Wohnbebauung (Nordstraße) bis hin zu dem 9-geschossigen Bettenhaus des Krankenhauses. Es sind sowohl geneigte Dächer (Sattel-, Walm- und Krüppelwalmdächer) als auch Flachdächer vorhanden.

In der Regel (Friedrichstraße, Kampenstraße und Teile der Nordstraße) herrscht eine geschlossene Bauweise vor. Diese wird lediglich an der Nordstraße durch die Stellplatzanlage und an der Elisabethstraße durch das ehemalige Schwesternhaus unterbrochen.

Mit Ausnahme der Stellplatzanlage sind alle Flächen überbaut. Die Versiegelungsrate (Gebäude, Zufahrten, Garagen und Stellplatzanlagen) ist hoch und übersteigt in der Summe 80 % der Fläche Planungsrecht.



## 2 Planungsrecht

Das Planungsrecht in Deutschland beruht auf einer mehrschichtigen Systematik und regelt, vor allem durch Bebauungspläne, im Kern für jedermann die Nutzbarkeit bzw. Bebaubarkeit eines Grundstücks. Entscheidend bestimmt wird das System der räumlichen Planung von der föderalistischen Staatsordnung mit den drei Ebenen des Bundes, der Länder sowie den Gemeinden. Auf Bundesebene werden im sogenannten Raumordnungsgesetz (ROG) Vorgaben bestimmt für die jeweilige Landesplanung bestimmt. In NRW werden diese Vorgaben vom Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen konkretisiert und auf regionaler Ebene in Regionalplänen vertieft. Schließlich folgen auf der kommunalen Ebene die Kreise, Städte und Gemeinden mit der vorbereitenden Bauleitplanung, d.h. dem Flächennutzungsplan und der verbindlichen Bauleitplanung, d.h. dem Bebauungsplan. Zudem wirken verschiedene Fachplanungen, (fach)rechtliche Aspekte, wie naturschutzrechtliche Belange, sowie weitere formelle und informelle Planungen auf den jeweiligen Planungsebenen.

### 2.1 Raumordnung und Landesplanung

#### Raumordnung

Das System der räumlichen Planung in Deutschland ist durch einen mehrstufigen hierarchischen Aufbau gekennzeichnet. Die höchste Planungsebene bildet die Raumordnung, welche im Raumordnungsgesetz (ROG) auf Bundesebene die mit Leitbildern, Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung festlegt. Nach § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuches sind dabei Bauleitpläne, d.h. auch Bebauungspläne, an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Das ROG wird auf der jeweiligen Landesebene konkretisiert, in Nordrhein-Westfalen durch den Landesentwicklungsplan (LEP NRW) auf Grundlage des Landesplanungsgesetzes (LPlG NRW).

#### Landesentwicklungsplan

In Nordrhein-Westfalen werden die abstrakten Aussagen des ROG im Landesentwicklungsplan (LEP) ausgearbeitet und räumlich konkretisiert. Der LEP legt die mittel- und langfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, anhand übergreifender Festlegungen, Festlegungen für bestimmte Sachbereiche sowie die zeichnerischen Festlegungen. Sie sind in der nachgeordneten Regional-, Bauleit- und Fachplanung zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

Die Stadt Siegen wird im LEP NRW hinsichtlich der zentralörtlichen Gliederung als Oberzentrum und siedlungsräumlichen Grundstruktur als solitäres Verdichtungsgebiet deklariert. Daneben wird die Bundesautobahn A 45 und Schienenstrecke „Dortmund – Gießen“ als großräumige Achse von europäischer Bedeutung (Entwicklungssachse) und die Schienenstrecke Richtung Bonn als überregionale Achse ausgewiesen. (siehe Abbildung 2: LEP NRW, Ausschnitt Siegen).



Abbildung 2: LEP NRW, Ausschnitt Siegen

(Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008, Erläuterungskarte 1, Auszug)

## 2.2 Regionalplan

Der Regionalplan wurde mit Maßgaben und Hinweisen am 22.11.2007 genehmigt. Die ausgeklammerten Teile des Planes wurden mit Erlass vom 22.10.2008 und 07.11.2008 genehmigt.

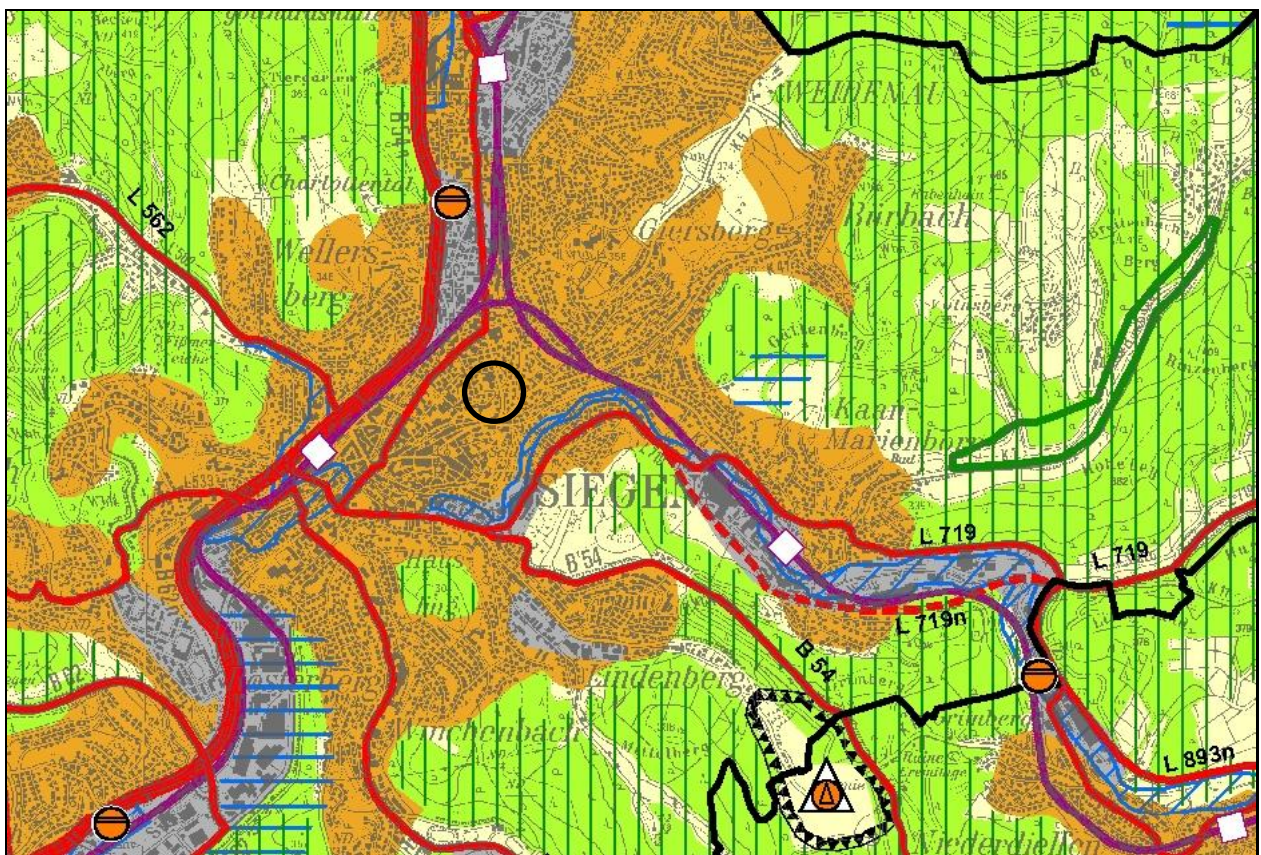


Abbildung 3: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt

(Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008)



Die Stadt Siegen ist Oberzentrum des Oberbereichs Siegen. Das Oberzentrum ist Arbeitsplatz-, Dienstleistungs- und Versorgungsstandort. Hier erfolgt die Konzentration oberzentraler Einrichtungen.

Das Plangebiet und sein Umfeld ist als „Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)“ dargestellt.

Ziel 4:

Die Wohn- und Mischbauflächen der Bauleitpläne sind in räumlich konzentrierter Form innerhalb der ASB zu entwickeln.

Grundsatz 5:

In Abstimmung mit der Gesamtentwicklung ist eine siedlungsstrukturell sinnvolle wohnvertragliche bauliche Nutzungsmischung anzustreben.

Um die Aufgaben des Oberzentrum zu erfüllen, sind infrastrukturelle Einrichtung, die der medizinisch – ärztlichen Versorgung der Bevölkerung dienen, an die heutigen Anforderungen und technischen Entwicklungen anzupassen. Insofern kommt die Stadt Siegen mit der Fortentwicklung des St. Marien-Krankenhaus ihrer raumordnerischen Aufgabe nach.

## 2.3 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) ist das zentrale Steuerungsinstrument für eine nachhaltige Siedlungs- und Freiflächenentwicklung der Kommune. Er stellt die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung einschließlich der Freiflächen und Landschaftsräume der Gesamtstadt dar.

Der Flächennutzungsplan ist ein vorbereitender Bauleitplan, der keine direkte Rechtskraft für Bürgerinnen und Bürger entfaltet. Jedoch ist er wichtige Grundlage für die Bebauungspläne, die mit rechtsverbindlichen Festsetzungen die städtebauliche Entwicklung in der Stadt Siegen konkretisieren.

Die im Bebauungsplan festgesetzten bzw. eingeplanten Nutzungen entsprechen nicht den Darstellungen des aktuellen FNP und somit nicht dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist daher erforderlich.

Das Plangebiet der 100. Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ gekennzeichnet. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan vermerkt.

Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz über die Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung der Bezirksregierung Arnsberg liegt mit Schreiben vom 10.03.2021 vor.

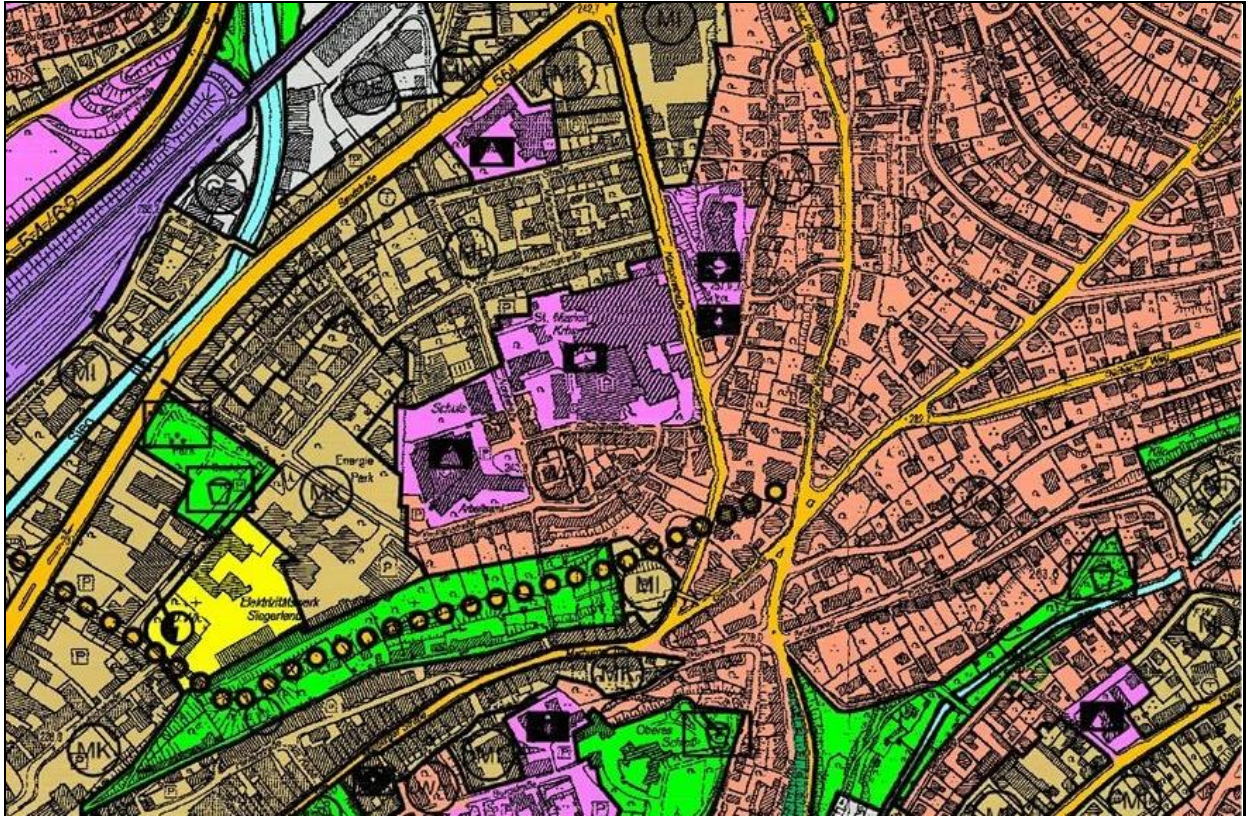


Abbildung 4: Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt St. Marien-Krankenhaus

## 2.4 Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien

### Landschaftsplan / Landschaftsschutzgebiete

Kein Landschaftsplan vorhanden. Keine Landschaftsschutzgebiete betroffen.

### Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

Keine Biotope im Geltungsbereich und seines Umfeldes erfasst.

### Geschützte Biotope nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz

Keine Geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG vorhanden.

### Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Keine Fauna-Flora-Habitat-Gebiet betroffen.

### Baumschutzsatzung

Baumschutzsatzung von 2006 (Änderungserlass):

Geschützt sind Bäume (Laubbäume) mit einem Stammumfang von min. 100 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 120 cm, gemessen auf einer Höhe von 100 cm über Erdboden. Innerhalb des Plangebietes sind vereinzelt Bäume vorhanden, die den Bedingungen der Baumschutzsatzung unterliegen. Dies betrifft vorrangig die Flächen zwischen ehemaligem Schwesternwohnheim und der Bebauung entlang der Nordstraße. Hier sind einzelne großkronige Laubbäume und Nadelgehölze vorhanden.



### 3 Vorgesehene Nutzungsänderung und Flächenbilanz

#### 3.1 Aktuelle Nutzung

Das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan dargestellt.

Für den Bereich der 100. Flächennutzungsplanänderung wird im Parallelverfahren der Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ erarbeitet.

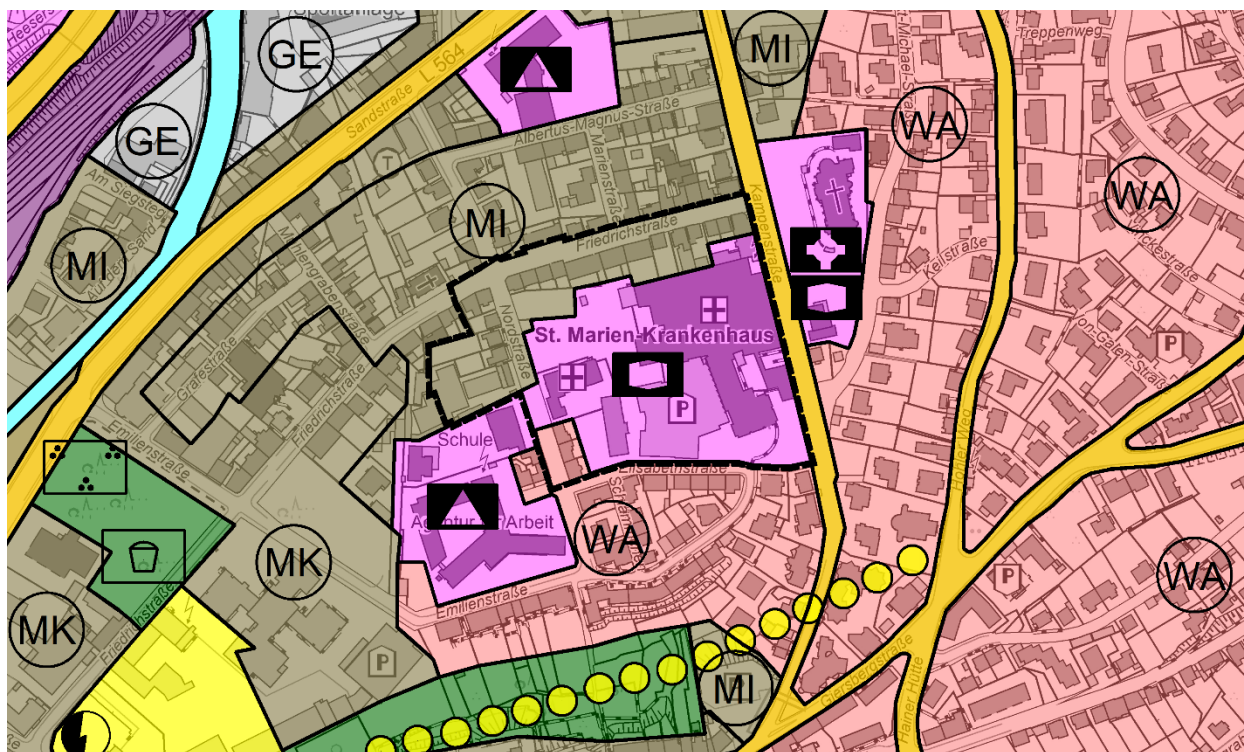


Abbildung 5: Rechtswirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Siegen

#### 3.2 Angestrebte Nutzung und Neudarstellung des FNP

Da die im Bebauungsplan geplanten Nutzungen nicht den Darstellungen des aktuellen FNP entsprechen ist daher eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich

Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren zum Bebauungsplan geändert. Für den Planbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung werden die Darstellungen „Sonstiges Sondergebiet, Zweckbestimmung Klinik“ auf Grundlage der Erfordernisse des Bebauungsplanes angepasst.

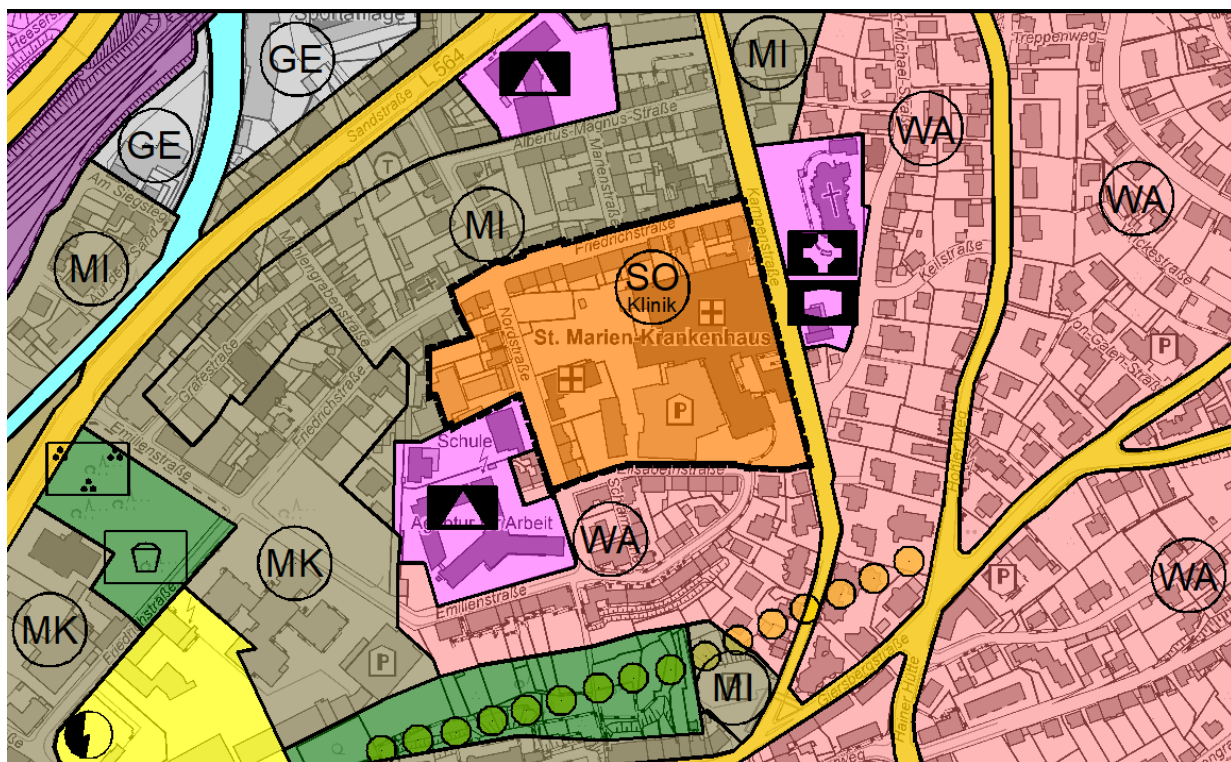


Abbildung 6: Geplante 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

### 3.3 Erschließung und Versorgung

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt.

Die notwendigen Hauptleitungen für Strom, Wasser und Telekommunikation sind vorhanden. Änderungen im öffentlichen Leitungsnetz werden nicht erwartet.

Die Regenwasser- und Schmutzwasserkanäle sind an die entsprechenden Kanäle im öffentlichen Straßenraum angeschlossen. Die Abwasserfracht wird durch die Nachverdichtung erhöht, stellt aber für das vorhandene Kanalnetz keinen wesentlichen Nachteil dar. Eine Vergrößerung der Querschnitte ist nicht erforderlich.

Die öffentliche Müllentsorgung erfolgt nach den örtlichen Satzungen. Der Sondermüll, aus Klinik-Abfällen wird gesondert entsorgt.

Der Brandschutz ist durch das öffentliche Trinkwassernetz als Grundschutz im Rahmen der DVGW W405 gewährleistet.



### 3.4 Flächenbilanz

Flächen	Flächengröße [ha] Bestand	Flächengröße [ha] Planung
Plangebiet	3,27	3,27
Allgemeine Wohngebiete	0,10	0
Mischgebiete	1,10	0
Flächen für den Gemeinbedarf	2,07	0
Sondergebiete, Zweckbestimmung Klinik	0	3,27

### 3.5 Auswirkungen der Planänderung

Diese 100. Flächennutzungsplanänderung beschreibt in Grundzügen für das Plangebiet „... die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde...“ gemäß § 5 BauGB. Die Planungshoheit besitzt die Kommune. Die Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des FNP trägt zur Wahrung dieses kommunalen Privilegs bei. Für die Verwaltung und Behörden stellt der FNP ein verbindliches Planungsinstrument dar, das für die konkrete Bodennutzung vorbereitend den Rahmen setzt. Dabei erzeugt der FNP als öffentlicher Belang keine Auswirkungen auf die Nutzung einzelner Grundstücke, d.h., es ergeben sich keine unmittelbaren Rechte und Pflichten für den Bürger oder gegenüber Dritten - diese Regelungen treffen erst auf den aus dem FNP abgeleiteten Bebauungsplan zu.

## 4 Umweltbelange

### 4.1 Umweltbericht

Gemäß § 2 a BauGB ist der 100. Flächennutzungsplanänderung ein Umweltbericht als Teil II der Begründung beigelegt. Im Umweltbericht werden auf Grundlage der Beschreibung der Umwelt die Auswirkungen der Planung auf die betroffenen Umwelt-Schutzgüter /-funktionen dargestellt und die ggf. verbleibenden erheblichen Umweltauswirkungen und Maßnahmen zu deren Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich erläutert.

Im Umweltbericht werden die unterschiedlichen Schutzgüter

1. Mensch, Gesundheit des Menschen und Bevölkerung
2. Biotop – Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt
3. Boden
4. Wasser
5. Klima und Luft
6. Landschaft
7. Flächen
8. Kultur- und Sachgüter
9. sowie der Wechselwirkungen der Schutzgüter untereinander

untersucht und die Auswirkungen der Planung bewertet. Auch werden die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern beleuchtet, als auch die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit des zulässigen Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, betrachtet.

Es wird grundsätzlich festgestellt, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen der einzelnen Schutzgüter zu erwarten sind. Lediglich kommt es bei der Realisierung der Planung beim Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Ebenso sind keine Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern mit negativen Folgen für die Umwelt zu erwarten.

Auch sind keine erheblichen Beeinträchtigungen infolge von Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen, bzw. durch Emissionen, Abfälle und Abwässer anzunehmen.

Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien und die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes, sind nicht gegeben.

Gemäß Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) zum B-Plan-Verfahren war durch den Abriss von maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus zunächst nicht auszuschließen, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermausarten betroffen sind.

Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Umweltabteilung der Stadt Siegen wurden im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel Fledermauserfassungen durchgeführt. Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel konnte festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die Zwergfledermaus und den Großen Abendsegler darstellt. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters konnte ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden, deshalb sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung der im B-Plan dargestellten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten **ausgeschlossen werden können**. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

## 5 Immissionen

Im Zuge des Verfahrens des Bebauungsplanes Nr. 419 wurde, ausgehend von vorliegenden Verkehrszahlen, die Berechnung<sup>1</sup> der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90 durchgeführt.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind folgende aktive, passive Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen nach VDI 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) eingeplant:

### Aktive Schallschutzmaßnahmen

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb der bestehenden und dicht bebauten Siedlungsstruktur sind aktive Schallschutzmaßnahmen in Form einer Lärmschutzwand entlang der Kampen- und Friedrichstraße städtebaulich vermutlich nicht umsetzbar. Eine schallabschirmende Wand müsste in Anbetracht der Ausbreitungsbedingungen sehr hoch sein (mind. 7 m), um auch für die oberen Geschosse eine ausreichende Schallpegelminderung bewirken zu können.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird deshalb empfohlen, für die stark betroffenen Fassaden passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen

### Passive Schallschutzmaßnahmen

Zum Schutz der Empfängerseite vor erhöhten Schallimmissionen sind verschiedene passive Schallschutzmaßnahmen möglich. Diese sind z.B.

- Akustisch günstige Orientierung der Gebäude mit Fassaden zu lärmabgewandten Seiten
- Einbau schalldämmender Fenster und Erhöhung der Schalldämmung der Fassade mit Festlegung von Innenpegeln nach VDI 2719
- Akustisch günstige Ausbildung bzw. Anordnung der Freibereiche

Die Vielzahl der vorgenannten Maßnahmen bezieht sich jedoch nur auf eine Neuplanung. Grundrisslösungen sind grundsätzlich Empfehlungen, die sich jedoch für Krankenhäusern mit Bettenräumen in der Regel nicht umsetzen lassen. Die Maßnahmen nach VDI 2719 sind im nachfolgenden aufgeführt.

### Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes für das gesamte Plangebiet werden in Innenraumpegel nach VDI 2719 [13] 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen' festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile wurden die entsprechenden maximalen Innenpegel nach VDI 2713 (13) festgesetzt.

---

<sup>1</sup> Peutz Consult, Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90, vier Tabellenblätter, Aug. 2018 und Schalltechnische Untersuchung, Bericht FB 7463-1 vom 22.10.2018



Unter Berücksichtigung des Berechnungsverfahrens der VDI 2719 ist die erforderliche Schalldämmung der Außenbauteile bei einem geplanten Erweiterungsbau zu ermitteln. Die Beurteilungspegel bei freier Schallausbreitung sind der Anlage 10 des Schallgutachtens zu entnehmen.

Der Nachweis ist im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens zu führen.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung ist zusammenfassend festzustellen, dass grundsätzlich aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich sind.

## 6 Rechtsgrundlagen

- § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916),
- §§ 2 und 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. IS. 1728)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)

Siegen, im April 2021

Bearbeitung:

**HKS**

Gerhard Kunze  
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

